

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1387

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1387](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1387)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

# Euro-Stabilität durch konkurrierende Privatwährungen



FRANK SCHÄFFLER und NORBERT F. TOFALL\* • November 2012

*„It is impossible to grasp the meaning of the idea of sound money if one does not realize that it was devised as an instrument for the protection of civil liberties against despotic inroads on the part of governments. Ideologically it belongs in the same class with political constitutions and bills of rights.“*

Ludwig von Mises

**F**riedrich August von Hayek schreibt am 4. Juni 1932 im *Economist*, dass Devisenhandelsbeschränkungen mehr als jeder andere Faktor die Lage von Deutschland und Österreich in der Weltwirtschaftskrise verschärft haben.<sup>2</sup> Staatliche Rettungsmassnahmen für staatliche Währungen haben die Situation nicht verbessert, sondern verschlechtert. Gleiches muss für gesamtwirtschaftliche Rettungsmassnahmen wie dem New Deal von Franklin Delano Roosevelt festgestellt werden.<sup>3</sup> Die weiteren geldpolitischen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts führen Hayek dann im September 1975 dazu, in seinem Vortrag „Choice in Currency“ die Abschaffung des staatlichen Geldmonopols zu fordern.<sup>4</sup> In seiner Schrift „Entnationalisierung des Geldes“ führt Hayek, diese Forderung begründend, aus: „Die bisherige Instabilität der Marktwirtschaft ist eine Folge davon, dass der wichtigste Regulator des Marktmechanismus, das Geld, seinerseits von der Regulierung durch den Marktprozess ausgenommen wurde.“<sup>5</sup> Und wenn „wir

---

\* Frank Schäffler ist Ökonom und Mitglied des Deutschen Bundestages. Norbert F. Tofall ist wissenschaftlicher Experte und Lehrbeauftragter. Erstveröffentlichung in: Dirk Meyer (Hg.): Die Zukunft der Währungsunion. Chancen und Risiken des Euros, mit Beiträgen von Helmut Schmidt, Václav Klaus, Arnulf Baring, Roland Vaubel, Wolf Schäfer, Hans-Olaf Henkel, Charles B. Blankart und anderen, Berlin (LIT) 2012, S. 275-288.

<sup>1</sup> Ludwig von Mises: *The Theory of Money and Credit*, edition following the text of 1953, Indianapolis (Liberty Fund) 1981, S. 454. Man beachte, dass der 1952 verfasste vierte Teil „Monetary Reconstruction“, S. 451-500 in den bisherigen deutschen Ausgaben leider nicht enthalten ist

<sup>2</sup> Vgl. Hans Jörg Hennecke: *Friedrich August von Hayek. Die Tradition der Freiheit*, Düsseldorf (Verlag Wirtschaft und Finanzen) 2000, S. 110.

<sup>3</sup> Siehe hierzu: Robert Higgs: „Regime Uncertainty. Why the Great Depression Lasted So Long and Why Prosperity Resumed after the War“, in: *The Independent Review*, Vol. I, No. 4, Spring 1997, pp. 561 – 590; Lawrence W. Reed: *Great Myths of the Great Depression*, reprint of the original edition printed in 1981, Mackinac Center and the Foundation for Economic Education, o. O. 2008.

<sup>4</sup> Vgl. Hans Jörg Hennecke, a. a. O., S. 317.

<sup>5</sup> Friedrich A. von Hayek: *Entnationalisierung des Geldes. Eine Analyse der Theorie und Praxis konkurrierender Umlaufmittel*, Tübingen (Mohr) 1977, S. 94.

wollen, dass freies Unternehmertum und die Marktwirtschaft fortbestehen (...), haben wir keine andere Wahl, als das Geldmonopol der Regierung und nationale Währungssysteme durch freien Wettbewerb zwischen Emissionsbanken zu ersetzen.“<sup>6</sup> Staat und Politik muss die Macht über das Geld entzogen werden. Das führt nicht zur Anarchie, sondern zu einem anderen Ordnungsrahmen.

„Alles spitzt sich damit auf die Frage zu: Welche Ordnungsformen gewähren Freiheit?“, betont Walter Eucken in seinen Grundsätzen der Wirtschaftspolitik.<sup>7</sup> Dabei geht es nicht um mehr Handlungsfreiheiten für Regierungen, sondern um die Freiheit des einzelnen Bürgers. Es geht nicht um einen Primat der Politik, sondern um einen Primat von Recht und Freiheit. In der Eurokrise reihen unsere Regierungen und die EZB indes einen kollektiven Rechtsbruch an den anderen. Entgegen allen Behauptungen wird dadurch nicht der Euro stabilisiert, sondern die Macht der Regierungen und der EZB jenseits allen Rechts erweitert. Die Geldordnung, der wichtigste Teil einer Wirtschaftsordnung, wird von unseren europäischen Staats- und Regierungschefs als Mittel zur Durchsetzung politischer Macht missbraucht. Mit der Setzung eines Ordnungsrahmens im Sinne von Walter Eucken hat das nichts zu tun. Es ist sogar das genaue Gegenteil einer Politik der Wettbewerbsordnung: „Die Politik der Wettbewerbsordnung löst das Problem in folgender Weise: Sie verringert wirtschaftliche Macht durch Aufspaltung. Und zwar werden die Sphären des alltäglichen Wirtschaftens und des politisch-staatlichen Handels möglichst getrennt. Dies ist eine Methode. Die andere, die zugleich angewandt wird: Innerhalb der wirtschaftlichen Sphäre erfolgt mit Ingangsetzung der Konkurrenz eine Dekonzentration, die es verhindert, dass Machtpositionen bleiben oder sich neu bilden... In einer Wirtschaftsordnung des zentralverwaltungswirtschaftlichen Typs kehrt sich das Verhältnis um: Die Wirtschaftsordnung ist ein Werkzeug zur Durchsetzung von Macht.“<sup>8</sup>

Die derzeitige Euro-Rettungspolitik<sup>9</sup> der europäischen Staats- und Regierungschefs und der EZB folgt dem zentralverwaltungswirtschaftlichen Typ. Die heutige Geld- und Währungsordnung dient als Werkzeug zur Durchsetzung eines europäischen Superstaates,<sup>10</sup> mit dem sich die Staats- und Regierungschefs zum Zwecke der eigenen Machterweiterung noch weiter von ihren Parlamenten und Bevölkerungen emanzipieren können. Dass dadurch nicht der Euro gerettet und stabilisiert, sondern weiter zerstört wird, spielt für sie keine Rolle. Die Sicherung und Ausweitung der eigenen Macht – Primat der Politik genannt – ist für diese Menschen alternativlos. Deshalb sind Recht und Freiheit in Europa ernsthaft gefährdet. Aber ohne einen Primat von Recht und Freiheit in Europa wird es keinen stabilen Euro

<sup>6</sup> Ebd. S. 127.

<sup>7</sup> Walter Eucken: *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, herausgegeben von Edith Eucken und K. Paul Hensel, 5., unveränderte Auflage, Tübingen (Mohr) 1975, S. 179.

<sup>8</sup> Ebd. S. 375-376.

<sup>9</sup> Allgemein zur Euro-Krise siehe Michael von Prollius: *Die Euro-Misere. Essays zur Staatsschuldenkrise*, Jena (TvR Medienverlag) 2011; Philipp Bagus: *Die Tragödie des Euro. Ein System zerstört sich selbst*, München (FinanzBuch) 2011.

<sup>10</sup> Siehe auch Frank Schäffler und Norbert F. Tofall: „EU-Superstaatsgründung aus Angst vor einem Crash des Finanzsystems?“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. September 2011, Nr. 215, S. 12.

geben. Denn was hilft es, neue, angeblich bessere und striktere Regeln für die Euro-Stabilität aufzustellen, wenn sich unsere europäischen Regierungen und die EZB bereits an die gültigen Regeln nicht halten, sich sogar zum kollektiven Rechtsbruch der Europäischen Verträge verabredet haben? Unsere derzeitigen europäischen Regierungen und die EZB werden jede geschriebene Regel, die Recht und Freiheit sichern könnte, brechen, solange sie dadurch ihre eigene Macht erhalten oder ausweiten können. Ein Primat von Recht und Freiheit lässt sich deshalb nur durch konsequente Machtteilung, durch Macht und Gegenmacht durchsetzen, nicht durch Machtkonzentration.<sup>11</sup>

Wer den Euro stabilisieren will, muss deshalb den Weg der konsequenten Machtteilung gehen und das staatliche Geldmonopol abschaffen, so dass dem Euro eine ihn stabilisierende Konkurrenz durch Privatwährungen erwachsen kann. Den Regierungen und der EZB müssen die Möglichkeiten zur Manipulation des Geldes beschränkt werden und zwar durch Wettbewerb von konkurrierenden Privatwährungen.

Staatliche Parallelwährungen<sup>12</sup> sind zwar ein Schritt in die richtige Richtung von mehr Währungs- und damit mehr Systemwettbewerb, verlagern die Probleme von Machtmissbrauch und Geldmanipulation aber lediglich auf die nationale Ebene. Der Wettbewerb zwischen staatlichen Währungen ist erfahrungsgemäss aus unterschiedlichen Gründen nicht ausgeprägt genug, um staatliche Geld- und Zinsmanipulationen wirksam zu verhindern, was allein schon aus der Betrachtung der geldpolitischen Lage von Dollar, Yen und Euro abgelesen werden kann. Zudem müssen wir uns wohl oder übel von der Vorstellung verabschieden, direkt oder über den Umweg einer staatlichen Parallelwährung zur alten Deutschen Bundesbank und ihrer Stabilitätspolitik zurückkehren zu können. Die 25 Jahre zwischen ca. 1973/74 und 1998/99, in denen die Bundesbank eine unabhängige, gegen die Machtinteressen der deutschen Regierungen gerichtete Stabilitätspolitik betrieben hat, sind die grösste Ausnahme in der Geschichte der Geldpolitik und der Zentralbanken und gemessen an der gesamten geldpolitischen Geschichte, die eine Geschichte der staatlichen Geldmanipulationen ist,<sup>13</sup> leider ein sehr kleiner Zeitraum.

Echte dezentrale bürgerliche Gegenmacht, die über nationale Grenzen hinweg Recht und Freiheit und die Marktwirtschaft bewahren hilft und Geld- sowie

<sup>11</sup> Der europäische Sonderweg zu einer offenen Gesellschaft beruht auf der Machtteilung, auf Macht und Gegenmacht, siehe: Hans Albert: „Europa und die Zähmung der Herrschaft. Der europäische Sonderweg zu einer offenen Gesellschaft“, in: ders.: *Freiheit und Ordnung. Zwei Abhandlungen zum Problem einer offenen Gesellschaft*, Tübingen (Mohr) 1986, S. 9-59; Stephen Holmes: „Differenzierung und Arbeitsteilung im Denken des Liberalismus“, in: Niklas Luhmann (Hrsg.): *Soziale Differenzierung. Zur Geschichte einer Idee*, Opladen (Westdeutscher Verlag) 1985, S. 9-41; Mancur Olson: *Macht und Wohlstand. Kommunistischen und kapitalistischen Diktaturen entwachsen*, übersetzt von Gerd Fleischmann, Tübingen (Mohr) 2002.

<sup>12</sup> Siehe bspw. den noch sehr vagen Vorschlag von Markus C. Kerber: *Mehr Wettbewerb wagen. Ein Konzept zur Reform der europäischen Währungsordnung*, Stuttgart (Lucius) 2012. Interessanter als der Vorschlag von Kerber ist der auch zeitlich früher veröffentlichte Vorschlag von Udo Neuhäusser: „Nachtrag: Monetarisierung des griechischen Staatsvermögens in Form einer Parallelwährung“, in: *ifo Schnelldienst*, 2 / 2012, 65. Jahrgang, S. 8-11; zudem interessant Dirk Meyer: *EURO-Krise. Austritt als Lösung?*, Berlin u.a. (LIT) 2012.

<sup>13</sup> Siehe Carmen M. Reinhart and Kenneth S. Rogoff: *This Time Is Different. Eight Centuries of Financial Folly*, Princeton and Oxford (Princeton University Press) 2009; Peter Bernholz: *Monetary Regimes and Inflation. History, Economic and Political Relationships*, Cheltenham (Elgar) 2003.

Zinsmanipulationen weitestgehend verhindert, entsteht nur durch die Zulassung von konkurrierenden Privatwährungen. Denn kein Mensch hält freiwillig schlechtes Geld. Und die dezentrale millionenfache Nachfrage nach gutem Geld ist eine dezentrale bürgerliche Gegenmacht, die keine Regierung und keine EZB aufhalten kann, nachdem das staatliche Geldmonopol erst einmal abgeschafft worden ist.

## II.

Die derzeitige Überschuldungskrise von Staaten und Banken ist nur im Rahmen des staatlichen Papiergeldmonopols, in dem Geld und Kredit aus dem Nichts geschaffen werden, möglich.<sup>14</sup> Eine marktwirtschaftliche Geldordnung,<sup>15</sup> die wir leider nicht haben, hätte durch die in ihr wirksamen Schuldenbremsen diese Überschuldungskrise erst gar nicht entstehen lassen.

Bei Gewährung von vollständiger Produzenten- und Konsumentenfreiheit im Finanzsektor kann es jedem einzelnen Bürger ermöglicht werden, zwischen staatlichem und anderem Geld zu wählen. Dazu müsste das staatliche Geldmonopol fallen und zugelassen werden, dass sich in dezentralen Entdeckungsverfahren parallel zum staatlichen Zahlungsmittel alternative Währungen, konkurrierende Privatwährungen, entwickeln können. Da niemand freiwillig schlechtes Geld hält, wird der sich entwickelnde Währungswettbewerb die privaten, aber auch die staatlichen Geldproduzenten dazu anhalten, besseres Geld zu produzieren. Die Produktion von schlechtem Geld und die Verschlechterung von gutem Geld wird von den Menschen aufgrund ihrer freien Wahlmöglichkeit zwischen unterscheidbaren privaten und staatlichen Währungen, also aufgrund ihrer Konsumentenfreiheit, sofort durch Abwanderung zu konkurrierendem Geld bestraft werden.

Der Staat müsste bei gesunkener Kaufkraft seiner Währung – zum Beispiel aufgrund einer zu hohen Staatsverschuldung – zur Deckung seiner Ausgaben entweder die Steuern erhöhen, sparen oder neue Kredite aufnehmen. Sollten diese Darlehen in der eigenen staatlichen Währung aufgenommen werden und aus purer Geldschöpfung bestehen, wird erneut die private Nachfrage nach der Währung und somit ihr Wert sinken. Dieser Entwicklung könnte dann nur durch höhere Zinsen für das staatliche Geld entgegengewirkt werden, weil die Investoren sich das erhöhte

<sup>14</sup> Unsere Überlegungen knüpfen an folgende Beiträge von uns an: Thorsten Polleit, Michael von Prollius, Frank Schäffler und Norbert F. Tofall: „Überwindung der Krise durch gutes Geld“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. Juni 2009, Nr. 128, S. 12 sowie Frank Schäffler und Norbert F. Tofall: „Währungswettbewerb als Evolutionsverfahren. Der Übergang vom staatlichen Papiergeldmonopol zu einer marktwirtschaftlichen Geldordnung ist evolutionär mittels Wettbewerb möglich“, in: Peter Altmiks (Hg.): *Im Schatten der Finanzkrise. Muss das staatliche Zentralbankwesen abgeschafft werden?*, München (Olzog) 2010, S. 135-155.

<sup>15</sup> Unter einer marktwirtschaftlichen Geldordnung verstehen wir eine wettbewerbliche Geldordnung oder genauer: ein reputationsbasiertes wettbewerbliches Geldsystem. Dieses unterscheidet sich vom Free Banking im engeren Sinne, das in der Regel auf dem Goldstandard basiert, durch die Zulassung unterscheidbarer Währungsstandards, siehe hierzu: Paul Terres: *Die Logik einer wettbewerblichen Geldordnung*, Tübingen (Mohr) 1999, S. 166-277.

Risiko zahlen lassen oder eben in eine andere Währung wechseln würden. Höhere Zinsen verteuern jedoch gleichzeitig die Rückzahlung der Kredite für den Staat. Ein Staat würde folglich durch die Zulassung von konkurrierenden Privatwährungen und eines allumfassenden Währungswettbewerbs gezwungen, eine nachhaltigere Haushaltspolitik zu verfolgen. Die Zulassung von konkurrierenden Privatwährungen und eines Wettbewerbs unterschiedlicher Währungen wären deshalb eine weit wirksamere Schuldenbremse als es heute die Grenzwerte des europäischen Stabilitätspaktes oder die Regelungen im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sind. Der Euro würde so durch seine grössten Konkurrenten, die konkurrierenden Privatwährungen, stabilisiert. Zudem würden kollektive Rechtsbrüche der Regierungen und der EZB sofort durch die Abwanderung aus dem Euro bestraft werden. Eine marktwirtschaftliche Geldordnung würde aus diesen Gründen die Rechtstreue unserer Regierungen und die Durchsetzung eines Primats von Recht und Freiheit in Europa fördern.

Vorschriften bezüglich der materiellen Deckung von Währungen oder gar ein Goldstandard sind sowohl unnötig als auch schädlich. Denn der „Wettbewerb würde sicherlich die emittierenden Institutionen weit wirksamer dazu zwingen, den Wert ihres Geldes (in Bezug auf ein festgesetztes Güterbündel) konstant zu halten, als es irgendeine Verpflichtung zur Einlösung des Geldes in diese Güter (oder in Gold) könnte.“<sup>16</sup> Natürlich könnte es geschehen, dass sich bei freiem Wettbewerb zwischen verschiedenen Geldarten zunächst Gold als die beliebteste Geldart erweist. Die zunehmende Nachfrage nach Gold würde aber vermutlich zu einem solchen Anstieg und eventuell zu heftigen Schwankungen des Goldpreises führen, dass Gold aufhören würde, sich als Geldeinheit für den Geschäftsverkehr und das Rechnungswesen zu eignen.<sup>17</sup>

Inwieweit in einer marktwirtschaftlichen Geldordnung gedeckte Währungen dominieren werden, lässt sich ex ante nicht bemessen, weil die einzelnen Menschen die freie Wahl haben, sowohl gedeckte als auch ungedeckte Währungen zu produzieren oder nachzufragen. Diese Währungen werden wie zur Zeit auch über Kredite oder durch Verkauf gegen andere Währungen verfügbar gemacht. Inwieweit in einer marktwirtschaftlichen Geldordnung Kredite, die nicht durch reale Ersparnisse gedeckt sind, vergeben werden können, hängt vom Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach ungedeckten Währungen ab. Da niemand freiwillig auf Dauer schlechtes Geld nachfragt, ist jedoch zu vermuten, dass sich der Anteil der Kredite, die nicht durch reale Ersparnisse gedeckt sind, Schritt für Schritt verringern wird. Eine private Emissionsbank gefährdet durch ihre Kreditschöpfungsaktivitäten den Wert der von ihr emittierten Währung und ihre gesamte Existenz, da die privaten Sparer schnell zu einer konkurrierenden Währung von einer Bank wechseln werden, die eine zurückhaltendere oder gar keine Kredit- und damit Geldschöpfung betreibt.

---

<sup>16</sup> Friedrich A. von Hayek: *Entnationalisierung ...* a.a.O., S. 32.

<sup>17</sup> Vgl. Ebenda, S. 102 und 127.

Die Zulassung von konkurrierenden Privatwährungen und ein allumfassender Währungswettbewerb würden so aufgrund der individuellen Nachfrage nach gutem Geld und der Möglichkeit für alle Menschen, die Produzenten von schlechtem Geld durch Abwanderung zu bestrafen, dazu führen, dass sich evolutionär eine neue Geldordnung entwickelt, in der die Möglichkeiten zur Geld- und Kreditschöpfung aus dem Nichts aufgrund von Wettbewerb beschränkt sind, wodurch die Wahrscheinlichkeit von gefährlichen Investitionsblasen und Scheinwohlstand sinkt.

Die sofortige Zulassung von konkurrierenden Privatwährungen und eines allumfassenden Währungswettbewerbs im Euroraum wird jedoch nicht zu einem sofortigen vollständigen Verfall des Euro, zu einem „Rennen“ aus der Staatswährung und einem Zusammenbruch unseres gesamten Finanzsektors führen. Dieses wäre nur dann der Fall, wenn von heute auf morgen eine Situation vom Himmel fallen könnte, in der es ausreichend private Emissionsbanken gibt, die besseres als das staatliche Geld ohne Zeitverzögerung in ausreichender Menge und Verbreitung emittieren könnten, welches bei den Menschen zudem schon grösseres Vertrauen erlangt haben müsste als der Euro. Um aus einer Währung sofort hinausgehen zu können, benötigt man auch sofort eine andere bessere Währung, in die man zu vertretbaren Kosten hineingehen kann.

Menschliches Handeln benötigt immer Zeit. Und aus diesem Grund fällt eine funktionierende marktwirtschaftliche Geldordnung auch dann nicht über Nacht vom Himmel, falls unsere derzeitige aus ungedecktem staatlichem Zwangspapiergeld bestehende Geldordnung, die sich zu einem riesigen Schneeballsystem entwickelt hat, zusammenbrechen wird.<sup>18</sup> Auch eine marktwirtschaftliche Geldordnung kann sich nur schrittweise entwickeln.<sup>19</sup> Aber genau deshalb ist die sofortige Zulassung von konkurrierenden Privatwährungen und die Ermöglichung eines allumfassenden Währungswettbewerbs die wichtigste liberale Forderung unserer Zeit. Wir haben keine Zeit zu verlieren.

### III.

In der Zwischenzeit sollten wir uns aber auch keine Angst vor einem Zusammenbruch unseres Finanzsystems einjagen lassen, mit dem die angebliche

<sup>18</sup> Wann sich dieser Zusammenbruch ereignen wird, ist natürlich nicht datierbar. Dass dieses Schneeballsystem wie jedes Schneeballsystem früher oder später zusammenbrechen wird, ist aber so gewiss wie der Zusammenbruch des Sozialismus, den Ludwig von Mises einst vorausgesehen hatte; siehe Ludwig von Mises: *Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus*, unveränderter Nachdruck der zweiten, umgearbeiteten Auflage, Jena 1932, Stuttgart (Lucius) 2007.

<sup>19</sup> Das Problem, dass eine marktwirtschaftliche Geldordnung sich nur evolutionär entwickeln kann, wird leider sowohl von Ludwig von Mises als auch von seinem Schüler Murray N. Rothbard vollkommen unterschätzt. Dieses ist insofern erstaunlich, als eine der wichtigsten Theorieelemente der Österreichischen Schule der Nationalökonomie, durch die sie sich vom neoklassischen Gleichgewichtdenken unterscheidet und welches Mises besonders betont hat, in der Einsicht besteht, dass menschliches Handeln Zeit benötigt und deshalb der Zeitlauf in theoretischen Modellen nicht vernachlässigt werden darf. Siehe hierzu: Ludwig von Mises: *Nationalökonomie. Theorie des Handelns und Wirtschaftens*, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage, Genf 1940, München (Philosophia) 1980, S. 76 f. und Jesús Huerto de Soto: *Die Österreichische Schule der Nationalökonomie – Markt und unternehmerische Kreativität*, Wien (Hayek Institut) 2007, S. 62.

Alternativlosigkeit der derzeitigen Euro-Rettungspolitik unserer europäischen Regierungen und der EZB begründet wird.

Allein zwischen 1981 und 2003 sind mehr als 100 Staaten zahlungsunfähig geworden und wurden umgeschuldet, ohne dass es dafür die Schuldenfonds EFSF oder ESM gab.<sup>20</sup> Die Behauptung, man benötige den ESM unbedingt für geordnete Staateninsolvenzen, entbehrt deshalb jeder sachlichen Grundlage. Jedes Land, auch wenn es Mitglied des Euroraumes ist, kann für sich alleine umschulden, wenn das nötig sein sollte. Deshalb liegt auch keine Rechtslücke in den europäischen Verträgen vor, wie verschiedentlich behauptet wird. Mit derartigen Behauptungen soll vielmehr vom kollektiven Rechtsbruch der europäischen Verträge abgelenkt werden, die einen Bail-out, eine Haftung für die Schulden anderer Euromitglieder, verbieten. Das Problem ist nicht die eigentliche Staateninsolvenz. Das Problem sind die Bankeninsolvenzen.

Durch den Beschluss der G-20 vom November 2008, keine systemrelevante Bank untergehen zu lassen, und durch das falsche Handeln der Zentralbanken und Regierungen haben unsere überschuldeten Grossbanken ein Erpressungspotential in die Hand gelegt bekommen, das zu einem Haftungsausschluss für Banken geführt hat. Dieser Haftungsausschluss für Banken widerspricht sämtlichen marktwirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Prinzipien. Das Erpressungspotential der Banken besteht in der Drohung, dass der Banken- und Finanzsektor und der Zahlungsverkehr zusammenbrechen würden, falls eine systemrelevante Bank Insolvenz anmelden müsste. Auf diesen Kurzschluss fällt man in unseren westlichen Gesellschaften angsterfüllt herein, weil wir uns das Denken in Ordnungen angewöhnt haben. Das Erpressungspotential der Banken kann jedoch entkräftet werden, wenn das Gesamtinteresse der Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs vom Problem der Bankinsolvenz getrennt wird.

Erstens: Der Beschluss der G-20, keine systemrelevante Bank untergehen zu lassen, muss revidiert werden. Zweitens: Die Regierungen antworten auf die Erpressung der Banken, einen Insolvenzantrag bei Gericht einzureichen, mit: «Ja bitte, macht doch!» Eine Marktwirtschaft ohne Insolvenzrichter ist keine Marktwirtschaft. Für Banken soll das gleiche Recht wie für alle anderen Unternehmen gelten. Drittens: Der Staat übernimmt eine Garantie für die privaten Spareinlagen bei der insolventen Bank. Kredite an Unternehmen der Realwirtschaft, die diese insolvente Bank vergeben hat, bleiben bestehen, so dass die Vertragsbeziehungen zu Kreditnehmern aus der Realwirtschaft unbeeinträchtigt bleiben. Zahlungsverpflichtungen der insolventen Bank an andere Banken, die nicht die Konten der Kunden der anderen Bank betreffen, sondern direkt an die andere

<sup>20</sup> Zu den folgenden Ausführungen Norbert F. Tofall: „Neustart ohne Systemzusammenbruch. Der Zahlungsverkehr kann auch nach der Pleite „systemrelevanter“ Banken aufrechterhalten werden“, in: *Smart Investor. Sonderheft „Gutes Geld“*, September 2011, S. 68-69 sowie Frank Schäffler und Norbert F. Tofall: „Banken müssen in Konkurs gehen können“, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 25. April 2012, Nr. 96, S. 23 sowie Norbert F. Tofall und Frank Schäffler: „Staats- und Bankeninsolvenzen in der Sozialen Marktwirtschaft“, in: Peter Altmiks und Jürgen Morlok (Hg.): *Noch eine Chance für die Soziale Marktwirtschaft? Rückbesinnung auf Ordnungspolitik und Haftung*, München (Olzog) 2012, S. 133-142.



Bank gehen, werden aber nicht garantiert. Viertens: Ein Insolvenzverwalter übernimmt die Führung der insolventen Geschäftsbank und sorgt dafür, dass alle Zahlungen, für die eine staatliche Garantie vorliegt, ordnungsgemäss durchgeführt werden. Die Refinanzierung dieser Zahlungen erfolgt wie zurzeit auch über die Zentralbank.

Der Zahlungsverkehr wird bei Beachtung dieser vier Grundelemente aufrechterhalten. Denn durch einen Insolvenzantrag einer Bank werden nicht zeitgleich die Computer in dieser Bank abgestellt und die Leute entlassen. Durch einen Insolvenzantrag einer Bank wird die rechtliche Abwicklung dieser Bank eingeleitet. Der Zahlungsverkehr bricht durch einen Insolvenzantrag einer Bank nicht zusammen, wenn man ihn nicht zusammenbrechen lässt und das Kreditwesengesetz entsprechend ändert. Zu einem Sturm auf die Banken wird es nicht kommen, wenn der Staat die genannte Garantie für bestimmte Zahlungen übernimmt und wenn das beschriebene Szenario in der Öffentlichkeit durch die Massenmedien so weit verständlich verbreitet wird, dass die Menschen vor einem Insolvenzantrag der Deutschen Bank, der UBS oder der Hypo Real Estate keine Angst mehr haben. Ein 10-Euro-Schein ist in unserem ungedeckten staatlichen Papiergeldsystem auch nichts anderes als eine staatliche Garantie und unterscheidet sich deshalb nicht von Spareinlagen, wenn für diese eine staatliche Eigentums garantie vorliegt. Von einer Abhebung der Spareinlagen hat deshalb kein Sparer einen Vorteil gegenüber Bargeld. Entscheidend ist, dass der Zahlungsverkehr aufrechterhalten wird und der Sparer weiss, dass seine Ersparnisse durch eine Bankinsolvenz nicht vernichtet werden. Es ist dann unerheblich, ob man eine 10-Euro-Note in der Hand hält oder ob man diese 10 Euro bei einer Bank eingelegt hat.

In diesem Szenario ist ausgeschlossen, dass der Staat alle Zahlungsverpflichtungen der insolventen Bank deckt. Natürlich kann diese bewusste Beschränkung der Übernahme von Zahlungsverpflichtungen einer insolventen Bank A dazu führen, dass eine Bank B ebenfalls Insolvenz anmelden muss. Auch für Bank B kommen die vier genannten Grundelemente des Bankenabwicklungsszenarios zur Anwendung, so dass die Zahlungen von Konten der Kunden der Bank B zu anderen Banken ausgeführt werden können und Kredite, die die Bank B an die Realwirtschaft vergeben hat, weiterhin gedeckt sind und nicht aufgekündigt werden. Der Zahlungsverkehr wird auch durch die Insolvenz der Bank B nicht zusammenbrechen, sondern durch einen Insolvenzverwalter kontrolliert aufrechterhalten werden. Da natürlich auch eine Bank C und weitere Banken durch die Insolvenzen der Banken A und B in Schwierigkeiten geraten könnten, kann es geschehen, dass das gesamte überschuldete Teilreservebanksystem abgewickelt werden müsste, ohne dass der Zahlungsverkehr zusammenbricht. Es könnte sogar ein positiv zu bewertender Dominoeffekt entstehen, der andere Staaten aufgrund der internationalen Verflechtung unserer Finanzwirtschaft dazu zwingt, dieses Szenario zur kontrollierten Abwicklung von überschuldeten Banken bei Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs zu übernehmen. Zudem würden die

ungedeckten Zahlungsverpflichtungen zwischen den Banken und grosse Teile der aus dem Nichts geschöpften Geld- und Kreditmenge aus früheren Interbankengeschäften zurück ins Nichts befördert. Das heisst auch, die Schrottpapiere, die zurzeit die Bad Banks füttern, würden vernichtet.

Notabene: Die staatliche Garantie für Spareinlagen ist nichts anderes als ein staatliches Gesetz, das festlegt, dass die Spareinlagen, die aus ungedecktem Geld bestehen, also ein Abstraktum sind, auch nach einem Insolvenzantrag einer Bank als nicht vernichtet gelten. Natürlich gehören diese nicht vernichteten Spareinlagen immer noch dem Sparer. Da hat kein Eigentümerwechsel stattgefunden. Diese Spareinlagen sind genauso Geld durch einen Rechtsakt wie der 10-Euro-Schein im Portemonnaie durch Rechtsakt Geld sind. Und deshalb gibt es auch keine staatliche Ausgabenwirksamkeit. Der Staat kauft den Sparern ihre Ersparnisse nicht ab. Und der insolventen Bank kann der Staat die Spareinlagen ohnehin nicht abkaufen, weil die Spareinlagen dem Sparer gehören und nicht der Bank. Und die Ersparnisse müssen auch nicht refinanziert werden, weil sie durch Rechtsakt bereits da sind. Die Pointe des Bankenabwicklungsszenarios bei Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs besteht also darin, dass der grösste Nachteil des staatlichen ungedeckten Zwangspapiergeldsystems – ungedecktes Papiergeld ist Geld, weil der Staat es durch Rechtsakt zu Geld erklärt – wunderbar zur Abwicklung des überschuldeten Teilreservebankensystems genutzt werden kann.

Wichtig ist zudem der Hinweis, dass nach einem Insolvenzantrag einer Bank die Bank nicht dem Staat gehört, sondern den Gläubigern. Die staatliche Garantie für Spareinlagen ändert daran überhaupt nichts. Diese Garantie ist eine positive Diskriminierung der Sparer gegenüber allen anderen Gläubigern der insolventen Bank. Diese positive Diskriminierung ist gerechtfertigt, weil der Staat zuvor die Banken durch das Teilreserveprivileg privilegiert und so systematisch die Überschuldung des gesamten Bankensystems herbeigeführt hat.

Die rechtlich abgewickelten, ehemals überschuldeten Banken könnten anschliessend verkauft werden. Wir könnten das uns beherrschende Schneeballsystem des überschuldeten Teilreservebankwesens abwickeln und eine neue Geldordnung, die marktwirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Prinzipien entspricht, gestalten, ohne dass es zu einem Zusammenbruch des gesamten Zahlungsverkehrs kommt. Da so das Erpressungspotential der Banken entkräftet wird, wäre Ordnungspolitik und ein Primat von Recht und Freiheit in Europa wieder möglich. Der Übergang zu einer marktwirtschaftlichen Geldordnung und einer Euro-Stabilität durch konkurrierende Privatwährungen wäre abgesichert.



LIBERALES INSTITUT

## Impressum

Liberales Institut  
Rennweg 42  
8001 Zürich, Schweiz  
Tel.: +41 (0)44 364 16 66  
Fax: +41 (0)44 364 16 69  
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie im Internet unter [www.libinst.ch](http://www.libinst.ch).

## Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.  
Copyright 2012, Liberales Institut.